

Einkommensrunde 2016 für Beschäftigte bei Bund und Kommunen gestartet – Sächsischer Beamtenbund unterstützt die Forderung des dbb nach einem fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg

Die Verhandlungsführer der Gewerkschaften haben gestern die Forderungen zur aktuellen Einkommensrunde 2016 im öffentlichen Dienst des Bundes sowie der kommunalen Verwaltung bekannt gegeben. Für die Mitglieder des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen verhandelt der dbb beamtenbund und tarifunion.

Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften sind:

- Lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent;
- Erhöhung der Auszubildendenentgelte um 100 Euro monatlich;
- Angleichung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage und unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden;
- Tariflicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen;
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger;
- Die Laufzeit des Tarifvertrags soll 12 Monate betragen.

Verhandelt wird zunächst für bundesweit rund 2,4 Millionen Beschäftigte und 100.000 Auszubildende und Praktikanten. Durch die angestrebte Übernahme des Ergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger ist der Kreis der vertretenen Kolleginnen und Kollegen letztlich jedoch deutlich höher.

„Mit der aktuellen Einkommensrunde werden auch für Sachsens öffentlichen Dienst wichtige Weichen gestellt“, so Gerhard Pöschmann, Vorsitzender des SBB. „Wir diskutieren ständig über Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen. Einkommensrunden sind der Gradmesser, wie ernst die Arbeitgeber dieses Thema nehmen.“

Weiteres wichtiges Thema sei auch hier die Zukunft des öffentlichen Dienstes. „Wer einen attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Dienst und auch in Zukunft engagierte und motivierte Mitarbeiter will ist gut beraten, diesen auch ihren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung zuzubilligen“, so Pöschmann weiter.

„Alle aktuellen Wirtschaftsprognosen sind positiv, die Steuereinnahmen sprudeln. Es gibt also keinen Grund, die Leistung der Beschäftigten in Bund und Kommunen nicht adäquat anzuerkennen und die Forderungen der Gewerkschaften nicht zu erfüllen.“

Die eigentlichen Tarifverhandlungen finden im März 2016 statt. „Bleibt zu hoffen,“ so Gerhard Pöschmann, „dass es eine schnelle Einigung gibt. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben jede Menge anspruchsvolle Arbeit zu erledigen. Verzögerungstaktiken bei den Verhandlungen wären da nur kontraproduktiv.“

Dresden, den 19.02.2016

V.i.S.d.P.: Nannette Seidler, Stellv. Landesvorsitzende des SBB